

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2006



Hoffen und Bangen – ein Blick auf 2006

Das wäre ein schönes Gemeinschaftsprojekt für 2006: Wir springen alle über den Schatten unserer Skepsis, erwarten frohgemut mehr Wachstum und Beschäftigung – und stellen am Jahresende fest, dass wir mit unserer Zuversicht erreicht haben, was wir wollten. Ganz so funktioniert „Wirtschaft“ natürlich nicht. Aber es gibt einen Zusammenhang zwischen optimistischer Erwartung und der von Wachstumskräften getragenen Wirtschaftsleistung einer Gesellschaft.

Hier scheint auf, was Ludwig Erhard meinte, als er sagte: „Wirtschaftspolitik beruht zu einem erheblichen Teil auf richtigem psychologischen und soziologischen Einfühlungsvermögen.“ Dafür gibt es sogar eine Bestätigung der Meinungsforscher. Seit 1949 stellt das Institut für Demoskopie Allensbach jährlich die Frage: „Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder mit Befürchtungen entgegen?“ Anhänger hochmathematisierter Umfragetechniken haben sich darüber gelegentlich etwas mokiert. Es zeigt sich aber, dass die Antwort auf diese schlichte Frage mehr als nur einen vagen Hinweis auf das Wachstum des jeweiligen Jahres gibt. Zuversicht scheint auf Kräfte zu deuten, die sich positiv in den Wirtschaftsstatistiken niederschlagen. Es hat manches Jahr gegeben, in denen die Allensbacher, was Wirtschaftsklima und Wachstumsrate angeht, zuverlässiger in das neue Jahr gesehen haben als hochkarätige Sachverständigen-gremien mit ihren ausgefeilten statistischen Methoden.

Aus Hoffen und Bangen allein ergibt sich natürlich keine Wachstumsrate. Hinter dem Stimmungsbild der Befragten steht vor allem wohl die Erwartung des Nutzens oder der Belastungen, die von der Politik ausgehen. Eine einfach zu durchschauende, gute Politik stiftet Zuversicht. Und Zuversicht ist die Grundlage für Investitionen, Arbeitsplätze und Einkommen. Dies den Bürgern zu vermitteln, ist die Psychologie, die Ludwig Erhard meinte. Was das Jahr 2006 anlangt: Der Allensbacher Hoffnungswert deutet auf eine Wachstumsrate von 1,5 Prozent. Das meinen auch die Wirtschaftsforscher. Nicht überwältigend? Ein Wert zwischen Hoffen und Bangen.

Hans D. Barbier

Zuviele Maßnahmen am Arbeitsmarkt

Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (BA), will den Katalog der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen drastisch ausdünnen. Er ist überzeugt: Statt 80 verschiedener Maßnahmen würde die Hälfte „sicher reichen“.

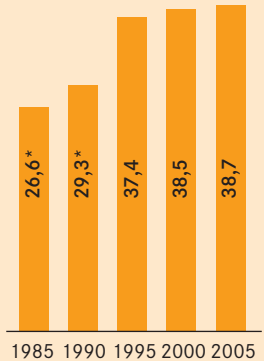
Nach Weises Ansicht sollten Programme wie Job-Rotation oder bestimmte Eingliederungshilfen gestrichen, andere stark eingeschränkt werden. Die Ich-AG etwa solle zu „einer Ermessensleistung werden, die von einem wirklich tragfähigen Geschäftskonzept abhängt“. Auch das Projekt der Ein-Euro-Jobs drohe „auszufransen“. Manche Kommune neige dazu, die eigene Infrastruktur von Ein-Euro-Jobbern sanieren zu lassen. Dadurch werde handwerkliche Arbeit verdrängt. Beim Kombi-lohn kann sich der BA-Chef vorstellen, dass das Instrument ausgebaut wird.

Zahl der Erwerbstätigen sinkt

Das Statistische Bundesamt hat im abgelaufenen Jahr 2005 rund 121 000 erwerbstätige Menschen weniger gezählt als im Jahr davor. Das entspricht einem Rückgang von 0,3 Prozent; 2004 war die Anzahl noch leicht gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2005 waren 38,7 Millionen Menschen erwerbstätig.

Erwerbstätige

in Millionen



* nur alte Bundesländer

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ein Schwerpunkt des Rückgangs lag im vergangenen Jahr – wie bereits in den Vorjahren – im „Produzierenden Gewerbe“. Dort sank die Zahl der Erwerbstätigen um 1,7 Prozent (133 000 Beschäftigte). Auch im Baugewerbe gingen 113 000 Stellen verloren. Im Handel und Gastgewerbe sowie im Verkehr und bei den sonstigen Dienstleistungen entstanden mit 144 000 Arbeitsplätzen zu wenige, um den Rückgang aufzufangen.

www.destatis.de

Spritpreise: Mal rauf, mal runter

An den Tankstellen wurden im letzten Jahr fast täglich die Kraftstoffpreise geändert: 106 Preiserhöhungen standen 199 Preissenkungen gegenüber. Gegenüber 2004 gab es 16 zusätzliche Preisänderungen sowie im September 2005 den bislang höchsten Spritpreis

von 1,46 € für einen Liter Superbenzin.

Laut Marktführer Aral habe die Branche dennoch mit dem Kraftstoffverkauf an der Tankstelle nur eine „schwarze Null“ geschrieben und das Ziel von einem halben bis einem Cent Gewinn je Liter Kraftstoff verfehlt.

www.aral.de/presse

Haustiere: Lieb und teuer

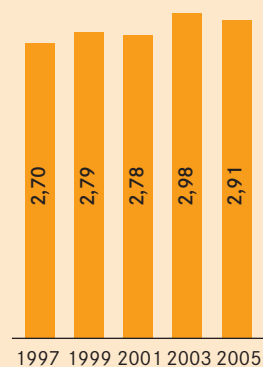
Allgemeine Kaufzurückhaltung? Nicht für Miez und Bello: 2005 haben die Bundesbürger 2,91 Milliarden € für Tiere im Haushalt ausgegeben, ungefähr so viel wie im Vorjahr. Gut 2,1 Milliarden € davon wurden für Futter aufgewendet, für den Rest wurde Zubehör gekauft. Mehr für Haustiere wird europaweit lediglich in Großbritannien (3,4 Milliarden €) und Frankreich (3,2 Milliarden €) ausgegeben.

In Deutschland leben rund 23,1 Millionen Katzen, Hunde, Vögel und Kleintiere in den Haushalten, Zierfische und Terrarientiere nicht mitgerechnet.

www.zzf.de/

Haustier-Budget

Umsatz für Heimtierbedarf in Milliarden €



Quelle: Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe

Wundermittel Kombilohn?

Der „Kombilohn“ beschäftigt derzeit Politiker in Bund und Ländern. Bundespräsident Horst Köhler hat ihn als zukunftsweisende Idee gepriesen. Die Bundesregierung will ihn mit Beginn des Jahres 2007 einführen. Der Ministerpräsident von Niedersachsen will ihn schon im laufenden Jahr verwirklichen. Worum geht es?

Das Wort „Kombilohn“ zeigt klar: Es geht um den „Lohn“, den Beschäftigte für ihre Arbeit erhalten. Dieser Lohn soll jedoch mit einem staatlichen Zuschuss „kombiniert“ werden. So lässt es sich auch in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD nachlesen: „Wir werden die Einführung eines Kombilohn-Modells prüfen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Möglichkeit für zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu schafft.“

Die Politik nennt also zwei Gründe für die Kombination von Lohn und staatlichem Zuschuss: Wo die Lohneinkommen zu gering sind, sollen sie vom Staat aufgebessert werden. Wo die Lohnkosten zu hoch sind, sollen Staatszuschüsse gewährt werden.

Niedriglöhne aufstocken

Tatsächlich verdienen Beschäftigte in manchen Branchen wenig. Laut Statistischem Bundesamt gehören die Stundenlöhne von Beschäftigten in der Gebäudereinigung in Höhe von 7,87 € zu den niedrigsten Tariflöhnen in den alten Bundesländern. In den neuen Ländern steht das Wach- und Sicherheitsgewerbe mit 4,96 € an der letzten Stelle der Tariflöhne. Auch die Monatsgehälter von Angestellten

Geringfügig Beschäftigte

	2003	2004	2005
Baden-Württemberg	893 881	1 048 009	1 006 191
Bayern	901 857	1 058 211	1 052 211
Berlin	159 725	196 794	180 765
Brandenburg	110 464	132 341	114 900
Bremen	60 082	69 785	67 776
Hamburg	132 360	152 512	145 559
Hessen	439 183	519 793	510 427
Mecklenburg-Vorpommern	82 292	96 550	80 329
Niedersachsen	590 177	684 382	658 984
Nordrhein-Westfalen	1 463 435	1 697 775	1 653 260
Rheinland-Pfalz	289 776	345 856	340 859
Saarland	82 973	97 201	95 175
Sachsen	239 405	268 163	226 397
Sachsen-Anhalt	112 877	130 454	106 904
Schleswig-Holstein	203 642	241 608	228 797
Thüringen	112 920	133 141	116 137
Bundesländer gesamt	5 875 049	6 872 575	6 584 671
zzgl. Minijobs in Privathaushalten	36 265	88 991	113 145
Gesamt	5 911 314	6 961 566	6 697 816

jeweils September
Quelle: Minijobzentrale

im Hotel- und Gaststättengewerbe liegen mit 1 158 € in den alten und 1 075 € in den neuen Ländern am unteren Ende der Tabelle.

Wo das Verdiente nicht für den Lebensunterhalt ausreicht, will der Staat unterstützend eingreifen. Am einfachsten wäre, einen Mindestlohn festzusetzen, der die Existenz sichert. Doch dann wäre zu befürchten, dass der Mindestlohn nicht gezahlt werden kann und die Leute entlassen werden. Mit dem Kombilohn soll das Entgelt so aufgestockt werden, dass jeder Beschäftigte mit seinem Verdienst über die Runden kommt.

Kombilohn-Varianten

Zwar existiert diese Form der staatlichen Unterstützung für Geringverdiener schon. Mit Einstiegsgeld, Hinzuverdienstmöglichkeiten, Zuschüssen für ältere Arbeitnehmer und Minijobs sind bereits diverse Varianten des Kombilohns vorhanden. Rund 650 000 Menschen verdienen in Deutschland so wenig, dass sie beispielsweise ein Anrecht auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben. Aber diese Programme beziehen sich auf Zielgruppen, die als schwer vermittelbar gelten, zum Beispiel auf ungelernete oder ältere Langzeitarbeitslose.



„Wer Kombilöhne vorschlägt, muss auch den Mut haben zu sagen, woher er das Geld für sie nehmen will.“

Rolf Peffekoven, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Johannes Gutenberg Universität in Mainz

Die Kombilohn-Pläne sind weiter gefasst: Prinzipiell kommen sie für Millionen Menschen in Frage. Natürlich wird das teuer. Das Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen hat ausgerechnet: Gut ein Fünftel – das sind knapp 6,9 Millionen der abhängig Beschäftigten in Deutschland, Teilzeitbeschäftigte und Minijobber inklusive – beziehen inzwischen Niedriglöhne.

Das Kombilohn-Experiment wird aber unbezahlbar, wenn die Arbeitgeber beginnen, reguläre in subventionierte Arbeitsplätze umzuwandeln. Im Verlauf der Hartz-Reformen hat sich gezeigt, dass diese Gefahr besteht. Bert Rürup, seit März 2005 Vorsitzender des „Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, schätzt, dass bis zu zwei Millionen reguläre Arbeitsplätze abgebaut und durch Minijobs ersetzt wurden.

Lohnkostenzuschuss

Als zweiten Grund für die Einführung des Kombilohns nennt die Politik die Lohnhöhe. In manchen Bereichen gäbe es genügend Arbeit, aber sie sei zu teuer. Der Staat will mit dem Kombilohn einen Teil der Arbeitskosten übernehmen.

Genau betrachtet sind aber nicht die Löhne als solche zu hoch. Vielmehr wurden sie durch unzählige staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt extrem verteuert. Zur Zeit verdient ein Geselle im Handwerk mit einer Stunde Arbeit 12 € bis 15 €. Sein Meister muss zusätzlich ungefähr 28 € Lohnnebenkosten aufbringen, so dass eine Handwerkerstunde rund 43 € kostet. Eine Wirt-

schaft, in der ein solches Missverhältnis besteht, kann nicht funktionieren. Dieser Grundfehler müsste beseitigt werden.

Es ist nicht sinnvoll, an Fehlentwicklungen, die der Staat verursacht hat, festzuhalten und nur die schlimmsten Folgen mit neuen staatlichen Eingriffen zu mildern. Es geht um wirkliche Korrekturen. Im vorliegenden Fall müssen Belastungen, die sich eindeutig durch staatliche Interventionen ergeben haben, abgebaut werden. Also: Weg mit dem Ballast!

Wer soll das bezahlen?

Mit dem Kombilohn wird diese Aufgabe gar nicht in Betracht gezogen. So wird er das Gegenteil von dem erreichen, was er bewirken soll. Der Staat hat kein eigenes Geld, mit dem er den Kombilohn bezahlen kann. Er muss erneut die Wirtschaftenden belasten. Alle Ausgaben des Staates können immer nur aus den Arbeitserträgen der Bürger finanziert werden. Nach Einführung des Kombilohns würden die Lohnnebenkosten weiter steigen.

Hinzu kommt: Löhne sind Preise. In einer Marktwirtschaft sind die Preise aber Steuerungsmittel, und zwar das einzige, auf das Verlass ist. Lohnsubventionen, wie sie mit dem Kombilohn durchgeführt würden, greifen in die Preisbildung ein und verzerren die Preise.

Mit dem Kombilohn sollen die Lohnkosten künstlich niedrig gehalten werden. Das bedeutet: Es wird relativ viel Arbeit und relativ wenig Kapital eingesetzt. Der Wohlstand eines Landes beruht aber auch darauf, dass mit Hilfe des tech-

nischen Fortschritts neue Produkte entwickelt und Arbeitsabläufe optimiert werden, dass neue Arbeitsplätze rund um neue Technologien entstehen. Mehr Arbeits- und weniger Kapitaleinsatz behindert den Fortschritt.

Problematisch ist auch, dass mit dem Kombilohn bestimmte Branchen gefördert werden sollen. Hotel- und Gaststättengewerbe, Gebäudereinigung und haushaltsnahe

Dienstleistungen werden häufig angeführt. Das bedeutet aber, dass Arbeitskräfte in Bereiche gelenkt werden sollen, in denen der Staat Beschäftigungspotenziale vermutet.

Wie leicht das schief gehen kann, zeigen die großen Wohnungsbestände, die mit öffentlichen Fördermitteln gebaut wurden und nun abgerissen werden müssen.

Andreas Schirmer

Kombilohn-Bilanz

„Im Rahmen des arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms CAST (Chancen und Anreize zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten) wurden seit Mitte 2000 auf Initiative des nationalen Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit zwei unterschiedliche Fördermodelle erprobt, die darauf abzielten, die Beschäftigung im Niedriglohnbereich auszuweiten und die Integrationschancen insbesondere von gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen zu verbessern. Letztlich ist die Inanspruchnahme beider Förderkonzepte trotz zahlreicher Veränderungen der Konditionen, die darauf abzielten, die Nutzung der Förderung attraktiver zu gestalten, deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück geblieben.“

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Umsetzung des Mainzer Modells und des SGI-Modells aus vielerlei Gründen nicht optimal verlaufen ist – auch wegen der schwierigen Rahmenbedingungen. Es wäre jedoch verfehlt, dies als alleinige oder auch nur als zentrale Ursache der geringen Inanspruchnahme anzusehen. Vielmehr haben sich auch wichtige implizite Grundannahmen der Konzepte – zahlreiche offene Stellen im Niedriglohnbereich, für die aufgrund unzureichender finanzieller Arbeitsanreize keine oder zumindest nicht ausreichend Bewerber/innen zur Verfügung stehen (Mainzer Modell) bzw. das Interesse von Unternehmen, bei niedrigeren Lohnnebenkosten mehr Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich zu schaffen, von denen gering Qualifizierte profitieren könnten (SGI-Modell) – als nicht zutreffend erwiesen.“

Forschungsbericht Nr. 552 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit: „Evaluierung der arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramme CAST und Mainzer Modell“, November 2005, Seiten 66 ff.



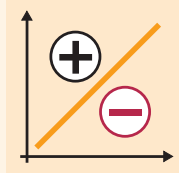
„Unsere Aufgabe mit höchster politischer Priorität ist es für 2006, alles dafür zu tun, dass die Konjunktur Fahrt gewinnt und Deutschland offensiver wird.“

Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales

IM KLARTEXT

Januar 2006

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

1,2 Milliarden Menschen auf der Welt sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. 88 Millionen dieser jungen Erwachsenen suchen laut „Weltjugendbericht 2005“ der Vereinten Nationen Arbeit. Im Bericht steht, was sich auch in Deutschland beobachten lässt: Obwohl die Generation der 15- bis 24-Jährigen bessere Ausbildungschancen hat als jede andere zuvor, ist die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe besonders hoch.

Im vergangenen Jahr waren in Deutschland im Jahres-

durchschnitt 612 441 der unter 25-Jährigen ohne Arbeit. Für diese Altersgruppe stieg die Arbeitslosenquote sogar überdurchschnittlich: Sie erhöhte sich von 9,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2004 auf 12,4 Prozent im letzten Jahr, während die Quote für alle Erwerbspersonen „nur“ um 1,2 Prozentpunkte auf 11,7 Prozent zulegte.

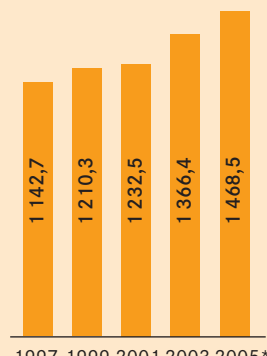
Geldwertstabilität

Die Schulden von Bund, Länder und Kommunen steigen und steigen: Mit knapp 1,47 Billionen € wurde Ende 2005 ein neuer Höchstwert erreicht. Allein der Bund war mit gut 885 Milliarden € verschuldet. Ungefähr 465 Milliarden € Schulden hatten die Bundesländer, die Schulden der Gemeinden betragen 115 Milliarden €.

Die Bundesregierung ist trotz der Schulden in Geberlaune: Anfang Januar hat sie beschlossen, in diesem Jahr rund 3,8 Milliarden € auszugeben, um die Konjunktur zu stärken. Bis 2009 sollen insgesamt 25 Milliarden € fließen. Berücksichtigt man die Kom-

Staatsschulden

in Milliarden €



* geschätzt

Quelle: Deutsche Bundesbank

bilohn-Pläne und weitere, in der Regierungserklärung genannte Vorhaben zur Förderung, dann bleibt nur ein Schluss: Die Haushaltskonsolidierung wurde erneut vertagt.

Eigenverantwortung

Im Jahr 2005 meldeten 37 500 Unternehmen Insolvenz an, das waren gut fünf Prozent weniger als im Vorjahr. Die günstige Entwicklung ist bemerkenswert, weil die Insolvenzzahlen seit 1999 permanent zugenommen haben.

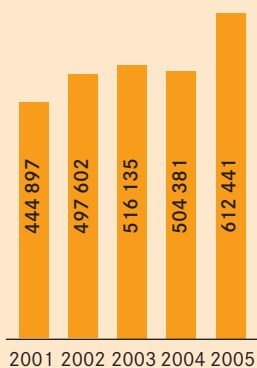
Zwei Gründe gefährden für 2006 den positiven Trend. Zum

einen leiden kleinere Unternehmen zunehmend unter der rigorosen Kreditpolitik der Banken. Jedes vierte Kleinunternehmen bemängelt die Bereitschaft ihrer Hausbank zur Kreditvergabe.

Zum anderen werden immer mehr deutsche Unternehmen Opfer wirtschaftskrimineller Handlungen. Unterschlagung, Betrug, Industriespionage und Produktpiraterie nehmen zu. Die Delikte sind 2005 um fünf Prozent auf 1,15 Millionen Fälle gestiegen, die Schadenssumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent auf rund 6 Milliarden € erhöht.

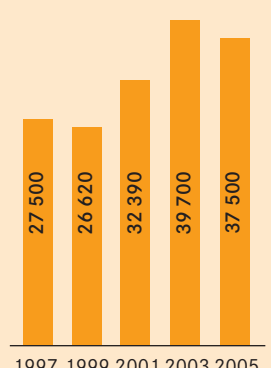
Arbeitslose

unter 25 Jahre, Jahresdurchschnitt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Firmenpleiten



Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / dpa
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard